

**Dariusz Stola: Kampania antysyjonistyczna w Polsce 1967–1968.** [Die antizionistische Kampagne in Polen.] Instytut Studiów Politycznych PAN. Warszawa 2000. 414 S., Abb., engl. Zusfass.

Mit diesem Band legt Dariusz Stola erstmals eine umfassende Darstellung über die sog. antizionistische Kampagne von 1967/68 vor, für die er die – heute zum großen Teil zugänglichen – Archivalien sowie Gespräche mit und Mitteilungen von Zeitzeugen ausgewertet und die polnisch- und englischsprachige Erinnerungs- und Sekundärliteratur herangezogen hat. Der Vf. schildert zunächst die innen- und außenpolitischen Voraussetzungen: den Aufbau „antizionistischer“ politischer Seilschaften im Innenministerium von Mieczysław Moczar, die vertuschte, gegen angebliche Zionisten gerichtete Meuterei in der polnischen Armeeführung (insbesondere der Luftwaffe) und die Auswirkungen des israelisch-arabischen Kriegs vom Juni 1967 auf das unter sowjetischer Hegemonie stehende Polen. Während dessen „Hauptgegner“ – die Bundesrepublik Deutschland und die USA – Israel unterstützten, bekundete die polnische Regierung den unterlegenen arabischen Ländern ihre Solidarität. Nach den Studentenprotesten vom 8. März 1968 an der Warschauer Universität, die sich an einer Verschärfung der Kunstzensur entzündet hatten, gewann die anfangs antiisraelische Agitation und Propaganda bei der Bekämpfung des innenpolitischen Gegners, die vom ersten Sekretär der kommunistischen Partei, Władysław Gomułka, angeführt wurde, rasch an Breitenwirkung. St. macht hier deutlich, daß der Schlag gegen die jüdische Bevölkerung, ihre Kultur- und Bildungseinrichtungen nicht von langer Hand vorbereitet war (es gab im Innenministerium also offenbar kein „Judenregister“), sondern als das Ergebnis des Zusammenfließens verschiedener politischer, sozialer und kultureller Faktoren anzusehen ist. Wirksam wurde dabei ein Amalgam alter (nationaldemokratischer) und neuer (kommunistischer/stalinistischer) antijüdischer Klischees.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte die in den Nachkriegsjahren allgemeine Tabuisierung eines offenen Diskurses über die Haltung der polnischen Bevölkerung gegenüber dem nationalsozialistischen Judenmord und über die Verwicklung von Kommunisten jüdischer Herkunft in den Aufbau des kommunistischen Macht- und Unterdrückungsapparats. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel (1965) sah ein wachsender Teil der Parteielite Polen zudem als das Ziel einer antipolnischen ‚Holocaust-Verschwörung‘, denn in ihrer verzerrten Wahrnehmung sollte der polnischen Bevölkerung eine Mitwirkung am Judenmord unter der NS-Besatzung zugeschoben werden – hier kam der ‚deutsche Faktor‘ erneut zum Tragen. Polen anklagende Stimmen im westlichen Ausland konnten sich durch die Entwicklung im Land indes nur bestätigt fühlen, denn immerhin war dies der größte organisierte antijüdische, an rassistischen Kriterien orientierte Haßausbruch in Europa nach dem Holocaust.

Über 11 000 als Zionisten Gebrandmarkt mußten – dreißig Jahre, nachdem die Nationaldemokraten die Massenauswanderung der polnischen Juden propagiert hatten – von 1967 bis 1969 aus der Volksrepublik Polen emigrieren, was nahezu der Hälfte der jüdischen Bevölkerung entsprach (S. 213), während die Verbliebenen ihr Leben häufig in Angst und Isolation weiterführten. Der kommunistischen Partei verhalf die Kampagne im Innern zu neuer Popularität, welche die letzten Jahre der Gomułka-Ära überdauerte. In dem überaus nützlichen Anhang (S. 270–385) werden 30 meist erstmals veröffentlichte zeitgenössische Dokumente abgedruckt.

Marburg/Lahn

Klaus-Peter Friedrich

**Rainer Eckert: Emigrationspublizistik und Judenverfolgung.** Das Beispiel Tschechoslowakei. Verlag Peter Lang. Frankfurt/Main, Berlin u.a. 2000. 346 S. (DM 98,-.)

Der wissenschaftliche Diskurs über die deutsche Emigration und ihre Bedeutung als Teil des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus setzte in der BRD erst spät ein. Trotz jüngerer Forschungsanstrengungen bleiben noch immer verschiedene Bereiche des deutschen Exils zwischen 1933 und 1945 wissenschaftlich unberücksichtigt. Dies gilt u.a.

für die Rolle der Exilpresse sowie die Haltung der einzelnen, in jeder Hinsicht unhomogenen politischen Gruppierungen des Exils zum Antisemitismus und zur Judenverfolgung. Rainer Eckert untersucht diese Frage am Beispiel der Tschechoslowakei. Prag war ein Zentrum des politischen Exils, in dem Mitglieder und Parteileitungen der Sozialdemokratie, der KPD und anderer kleinerer Gruppierungen bis 1938 Schutz fanden.

Die Studie bietet eingangs eine kurze Darstellung der vergleichsweise guten sozialen, kulturellen und politischen Bedingungen der Emigranten in der ČSR, deren Aktivitäten bis 1937 durch die Prager Regierung nicht beschränkt wurden. Eine geraffte Einführung über die politischen Gruppen im Prager Exil sowie deren umfangreiche Exilpresse, -kunst und -verlage liefert den Hintergrund für eine detailliertere Analyse der Auseinandersetzung der Exilschriften mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Das politische Gewicht der Exilpublizistik, unter der in bezug auf Auflagenstärke und illegale Verbreitung in Deutschland sozialdemokratische und kommunistische Zeitschriften herausragen, ist insbesondere an der Reaktion des Deutschen Reiches meßbar. Dies belegen die Hetze der deutschen Presse und der wachsende Druck auf die Prager Regierung, die im Herbst 1937 mit gesetzlichen Verschärfungen für politische Emigrantenpublizistik reagierte. Die Wirkung der Exilpublizistik gemessen an ihren selbstgesteckten Zielen, die Weltöffentlichkeit über die Vorgänge in Deutschland aufzuklären, durch Information den Widerstand in Deutschland zu stärken und als Diskussionsforum für die Exilanten selbst zu agieren, ist nur schwer einzuschätzen. Mit Recht folgert der Vf., daß sie der Welt immerhin vermittelt hat, daß es noch ein anderes Deutschland als das nationalsozialistische gab.

Im Vergleich der Exilschriften in der ČSR stellt E. in den Interpretationsansätzen über die NS-Rassenideologie Gemeinsamkeiten wie Unterschiede bei Sozialdemokraten und Kommunisten fest. Eine gemeinsame politische Basis fanden sie jedoch im Exil nicht. Beide Richtungen betrachteten den Nationalsozialismus als Schwächesymptom des Kapitalismus und den Antisemitismus als demagogisches Ablenkungsmanöver von den politischen Schwierigkeiten der Nationalsozialisten. Sozialdemokraten und Kommunisten forderten Solidarität mit den Juden. Den Grund für die Judenhetze sahen beide Parteien in den nationalsozialistischen Kriegsvorbereitungen. Die Sozialdemokraten maßten dem Antisemitismus pathologische Gründe bei und warnten früh vor einer „Ausrottung“ der Juden. Sie betrachteten den Antisemitismus als Schande für das gesamte Volk.

Unterschiedliche Auffassungen vertraten Kommunisten und Sozialdemokraten gegenüber dem Zionismus. Beurteilten die sozialdemokratischen Blätter ihn grundsätzlich positiv, so lehnten die Kommunisten ihn entschieden ab. Die kommunistische Haltung sieht der Vf. als Ergebnis des Einflusses des stalinistischen Antisemitismus, der immer wieder die Form des Antizionismus angenommen habe. Diese Haltung habe bis in die Auslegung der „Judenfrage“ in der DDR hineingewirkt, die der Autor als ideologischen Reflex der stalinistischen Geschichtsinterpretation bezeichnet.

Ein Verdienst der Arbeit ist zweifellos die systematische Zusammenstellung und Auswertung der Presseorgane des deutschen politischen Exils in der ČSR. Sie belegt Umfang und Intensität der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung, aber auch Reibungen und inhaltliche Brüche des deutschen Exils. Im umfangreichen Anhang sind u.a. enthalten eine Bibliographie der periodischen Publikationen, eine Bibliographie von Beiträgen zur nationalsozialistischen Judenpolitik sowie ein Orts- und ein Personenregister.

Marburg/Lahn

Marlis Sewering-Wollanek

**Ralf Gebel: „Heim ins Reich!“ Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland (1938–1945).** (Veröff. des Collegium Carolinum, Bd. 83.) R. Oldenbourg Verlag. 2. Aufl. München 2000. 424 S., Kte.

**Volker Zimmermann: Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938–1945).** (Veröff. der Deutsch-Tschechischen